

# Wer bezahlt für die Krisen? - zurück zur Schuldenbremse?

REICH ——— UM  
UMVERTEILEN

# Schwerpunkte

1. Zunehmende soziale und ökologische Krisenhaftigkeit – deren Ursachen – was angegangen und sich gesellschaftlich ändern muss
2. Um welche gesellschaftlichen Finanzbedarfe es geht
3. Dimension der Umverteilung von unten nach oben in den letzten 20 Jahren - Verteilungsverhältnisse aktuell
4. Gesellschaftlichen Reichtum gemeinwohlorientiert und gerecht (um-)verteilen – Bausteine dazu
5. Aktuelle Kampagnen/Bewegungen
6. Wirtschaft und Parteien
7. Argumente der Umverteilungsgegner

# Laschet, Lindner und Co: Zurück zur Schuldenbremse ....

- Zurück zur Schuldenbremse und Finanzpolitik der schwarzen Null - „Stabile Haushaltspolitik“
- Keine Steuererhöhungen - „Gift für die Wirtschaft“
- Senkung der Steuern für Unternehmen (Begrenzung auf 25%) und für Hochverdienende (Wegfall des Soli) - „Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit stärken“
- Erhöhung der Militärausgaben auf 2 Prozent des BIP - „Unserer Verantwortung gerecht zu werden“
- Grundlinie: Entfesselung der Wirtschaft und des Marktes - Wachstum - aus Coronaschulden heraus wachsen + Staatsausgaben anders verteilen
- Kein Wort zum wirklichen Ausmaß dessen, was sich sozial und ökologisch an Krisen angestaut hat, und der damit verbundenen Finanzbedarfe
- Kein Wort zum perversen Anstieg des privaten Reichtums und der gesellschaftlichen Ungleichheit

WIRTSCHAFT  
**STEUER-  
ERHÖHUNGEN  
SIND SABOTAGE  
AM AUF-  
SCHWUNG.**



# 1. Soziale und ökologische Krisen + was Corona sichtbar macht, verschärft und parallel geschieht

1

Wie in einem Brennglas wird sichtbar, was sich schon vor Corona **sozial** an krisenhaften Entwicklungen angestaut hat und verschärft - z. B.:

- Krankes Gesundheitssystem/Krankenhäuser
- Pflegenotstand
- Handlungsfähigkeit der Kommunen weggespart
- Kommunale Infrastruktur auf Verschleiß
- Immer weniger bezahlbares Wohnen



# 1. Soziale und ökologische Krisen + was Corona sichtbar macht, verschärft und parallel geschieht

2

- Einkommen: Verluste und zunehmende Spaltung
- Schrittweise Zerstörung der gesetzlichen Rente
- Zunahme von Armut
- Bildungsnotstand
- Konzerne profitieren
- Zunehmende Umverteilung und Spaltung der Gesellschaft



**In jedem sozialen Bereich geht es um Krisen und Investitionsstaus, die eine gemeinwohlorientierte Wende notwendig machen!**

# Parallel: Drohende Klimakatastrophe + Umweltzerstörungen

- Auf dem Weg in eine Klimakatastrophe und Umweltzerstörungen existenziellen Ausmaßes.
- Notwendigkeit einer jetzt anzugehenden radikalen ökologischen Wende in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft.
- Die in den nächsten 10 Jahren dazu zu treffenden politischen Beschlüsse und Maßnahmen werden entscheiden, ob wir eine nicht mehr steuerbare Klimakatastrophe und nicht mehr rückholbare Umweltzerstörungen verhindern können.
- Zugleich für nicht mehr verhinderbare Umweltkatastrophen + Katastrophenschutzstrukturen aufbauen !!!



# Ursachen:

## 1. Die neoliberale Entfesselung der kapitalistischen Marktwirtschaft ab 1980 - beschleunigt ab 2000

- Vorrang der Privatwirtschaft und damit der Profitorientierung vor Staat und Gemeinwohl
- Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Wohnen, Rente...)
- Arbeit und Soziales wird als wettbewerbshemmender und gewinnschmälernder Kostenfaktor behandelt
- Deregulierung (Schutzgesetze, Arbeitsverhältnisse, Märkte → **Finanzmärkte!!**)
- Sozialabbau (Hartz IV, Rente, Gesundheit usw.)
- Spar- und Kürzungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen (Personal und Investitionen)
- Steuerpolitik zugunsten der Unternehmen und Vermögenden
- Herausbildung von national, EU-weit und global agierenden Konzernen + entspr. politisch eingesetzter wirtschaftlicher Macht
- Entfesselung der Finanzmärkte: Realwirtschaft + Daseinsvorsorge werden zunehmend profitorientiert von Investoren (Fonds!) und investorendominierten Konzernen bestimmt

## 2. Eine Wirtschafts- und Lebensweise, die Natur und Umwelt vorrangig als Ausbeutungsobjekt nutzt und nicht als unsere Lebensgrundlagen achtet.

# Wir brauchen eine sozial-ökologische Umgestaltung der Gesellschaft

- Sozial und gerecht für Alle!
- Alle Bereiche der Daseinsvorsorge dem Markt und Profit entziehen - Pflege, Gesundheit, Wohnen usw. sind keine Ware!
- die sich konsequent auf den Weg des ökologischen Umbaus macht!
- in der Gemeinwohl vor Profit geht!

**Es geht um den sozial-ökologischen Umbau dahin und dessen Finanzierung.**

**Hinzu kommt die Finanzierung der Coronakosten.**



## 2. Jährlich zusätzliche Finanzbedarfe (exemplarische Auswahl) 1

(Grundlagen: Angaben der spezifisch in den Bereichen engagierten Organisationen)

### Soziales:

- Bedarfsgerechte Grundsicherung (Bedarf 600 €) 10 Mrd. €
- Kindergrundsicherung 16,6 bis 22 Mrd. €
- Gesetzliche Rente 20 bis 30 Mrd. € + ?? €
- Wohnen rd. 18 Mrd. €

### Kommunen:

- Kommunale Infrastruktur (Investitionsstau rd. 150 Mrd. €) 15 Mrd. €
- Fehlendes Personal Kommunen/Land (geschätzt 140.000 Stellen fehlen): 9 Mrd. €

### Gesundheit und Pflege:

- Krankenhäuser (Investitionsstau 45 Mrd. €) 7 Mrd. €
- Krankenhauspersonal (Pflege und andere Bereiche) 10 Mrd. €
- Pflege in Behinderteneinrichtungen: ?? Mrd. €
- Altenpflege (120.000 Pfleger\*innen fehlen - 220.000 bis 2030) 7 Mrd. € + ?? Mrd. €

# Jährlich zusätzliche Finanzbedarfe (exemplarische Auswahl) 2

(Grundlagen: Angaben der spezifisch in den Bereichen engagierten Organisationen/Institute)

## Bildung und Erziehung:

- Bildungsbereich insgesamt (ohne Gebäudeinvestitionen): 54 Mrd. €
- Digitalisierung 3 Mrd. €

## Verkehrswende

- ÖPNV 12 Mrd. €
- Bahn 10 Mrd. € + ?? Mrd. €

## Energiewende

- Kostenanteil des Staates für die Dekarbonisierung 10 Mrd. €

Weitere Bereiche u. a.: Kultur, Justiz, Finanzen, Entwicklungszusammenarbeit, Integration, Landwirtschaft, Katastrophenschutz (!).....

**Wir brauchen jedes Jahr zusätzlich mindestens 120 Mrd. Euro**

# Dazu: Die Kosten der Coronakrise

- **Über Schulden finanzierte Krisenkosten 2020 + 2021 + 2022 (Bund, Länder/Kommunen, Sozialkassen):  
absehbar 650 Milliarden €**
- **800 Mrd. € Staatsgarantien für Unternehmensverbindlichkeiten sowie direkte Beteiligungen (Bund + Länder)  
(offen, was davon wirklich fällig wird)**



Bundesministerium  
der Finanzen



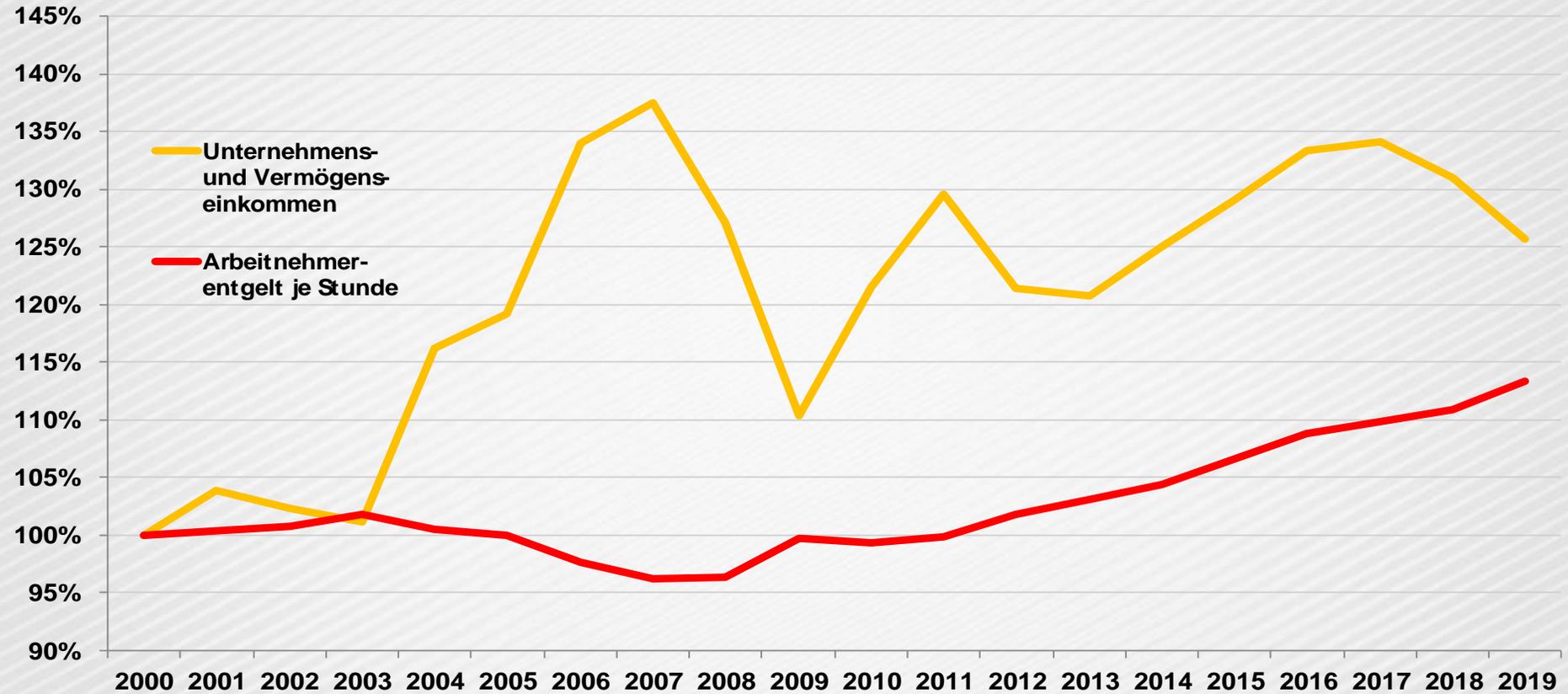
(Quellen: Handelsblatt 24.03.21 + Institut der deutschen Wirtschaft 21.04.21)

### 3. Ohne eine gemeinwohlorientiert-gerechte (Rück-) Umverteilung des Reichtums keine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft!

- Dimension der Umverteilung in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch
  - Umverteilung Löhne – Gewinne
  - Umverteilung durch „Steuerreformen“
  - Umverteilung durch Privatisierung der Daseinsvorsorge
  - Ausmaß von Steuerflucht, - hinterziehung, -umgehung
- Ausmaß des privatem Reichtum aktuell und dessen Zunahme seit 2000

## Schere zwischen Lohn und Profit immer noch weit offen

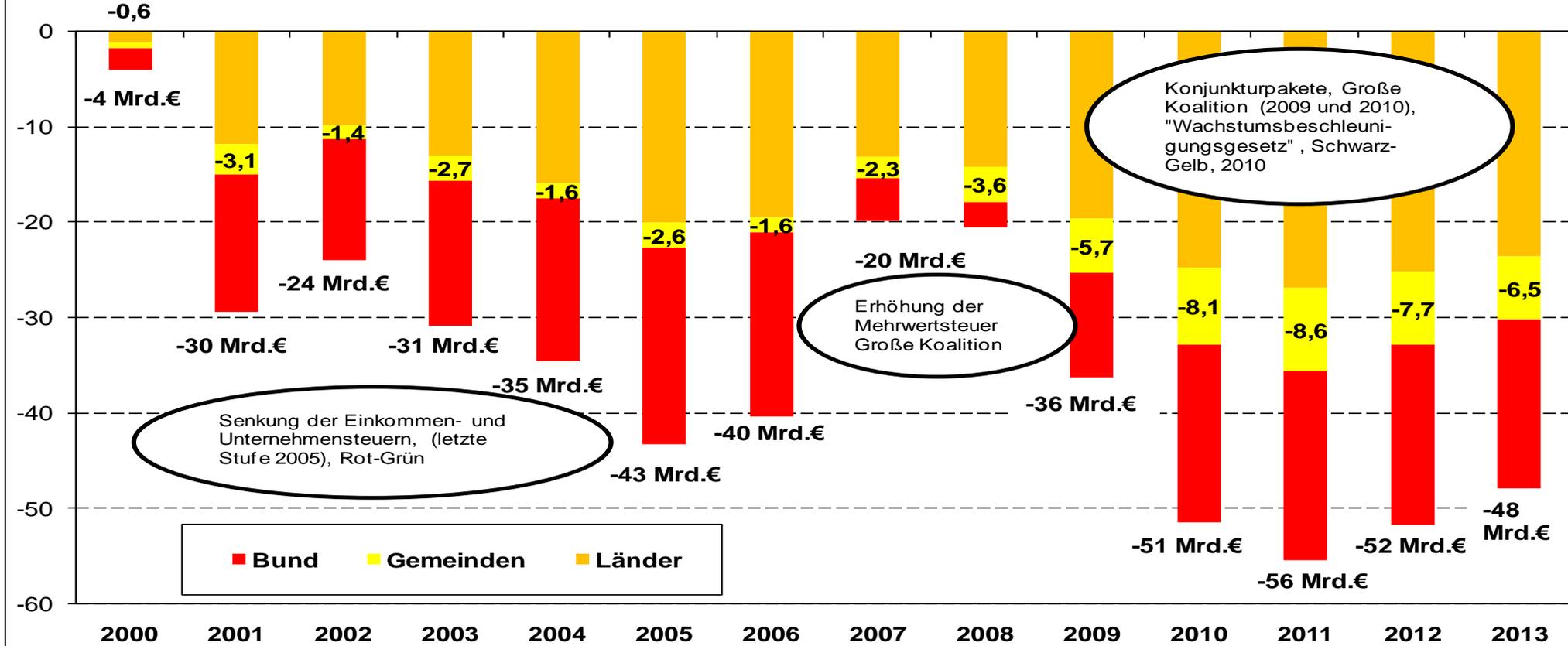
Preisbereinigte Entwicklung 2000 bis 2019



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen mit Verbraucherpreisindex, Februar 2020, 2000 = 100% gesetzt

**Lohnverluste seit 2000 summiert: rund 1,5 Billionen Euro (Quelle: Blickpunkt WiSo)**

# Einnahmeausfälle für Bund, Länder und Gemeinden durch Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

**Insgesamt bis 2013 über 470 Mrd € weniger an Steuereinnahmen bis heute geschätzt rd. 700 Mrd €**

# Umverteilung durch Privatisierung der Daseinsvorsorge

- **Wohnen:** Über die Mieten (Wohnungskonzerne, Investoren)
- **Rente:** Kürzungen bei gesetzl. Rente + Öffnung für kapitalgedeckte private „Vorsorge“ + staatliche Zuschüsse dazu (Profiteure Versicherungskonzerne)
- **Gesundheit/Pflege:** Gewinnfinanzierung der Gesundheits- und Pflegekonzerne über Kranken-/Pflegeversicherung, staatliche Zuschüsse, private Zuzahlungen/Anteile
- **ÖPP-Projekte:** Umsetzung von Infrastrukturprojekten (Schulen, Verkehr...) über private Konsortien - Staat zahlt 30 Jahre anteilig + überhöht die privaten Gewinne
- **Was durch renditeorientierte Privatisierung verursacht, in den Bereichen Energie, Verkehr, Logistik, Kommunikation an Umverteilung geschah/geschieht**



# Verluste der Gesellschaft durch systematische Steuerhinterziehung, -betrug und -umgehung durch Konzerne und Reiche - EU und D

- **Insgesamt** lt. einer aktuellen Studie für die sozialdemokratische S&D-Fraktion im EU-Parlament (Januar 2019):  
**875 Milliarden Euro pro Jahr (EU-Schätzung 2013: 1 Billion €)**  
**132 Milliarden Euro auf Deutschland runtergerechnet**
- Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt 2017 den **Einnahmeverlust allein durch Steuerhinterziehung** auf **30 bis 50 Mrd. € jährlich.**



(Quellen: Offizielle EU-Seite: Taxation and Customs Union/wissenschaftl. Dienst des Bundestages 2018 – Studie „The European Tax GAP 2019“ a report for Socialists and Democrats Group in the European Parliament)

# Privater Reichtum + Staatsschulden in Deutschland (Stand 20.08.21)

**Nettoprivatvermögen:**

**14,3 Billionen €**

**Das reichste Prozent besitzt  
davon 35% = 5 Billionen €**

**Die reichsten 10 Prozent besitzen  
davon 67 % = 10 Billionen €**

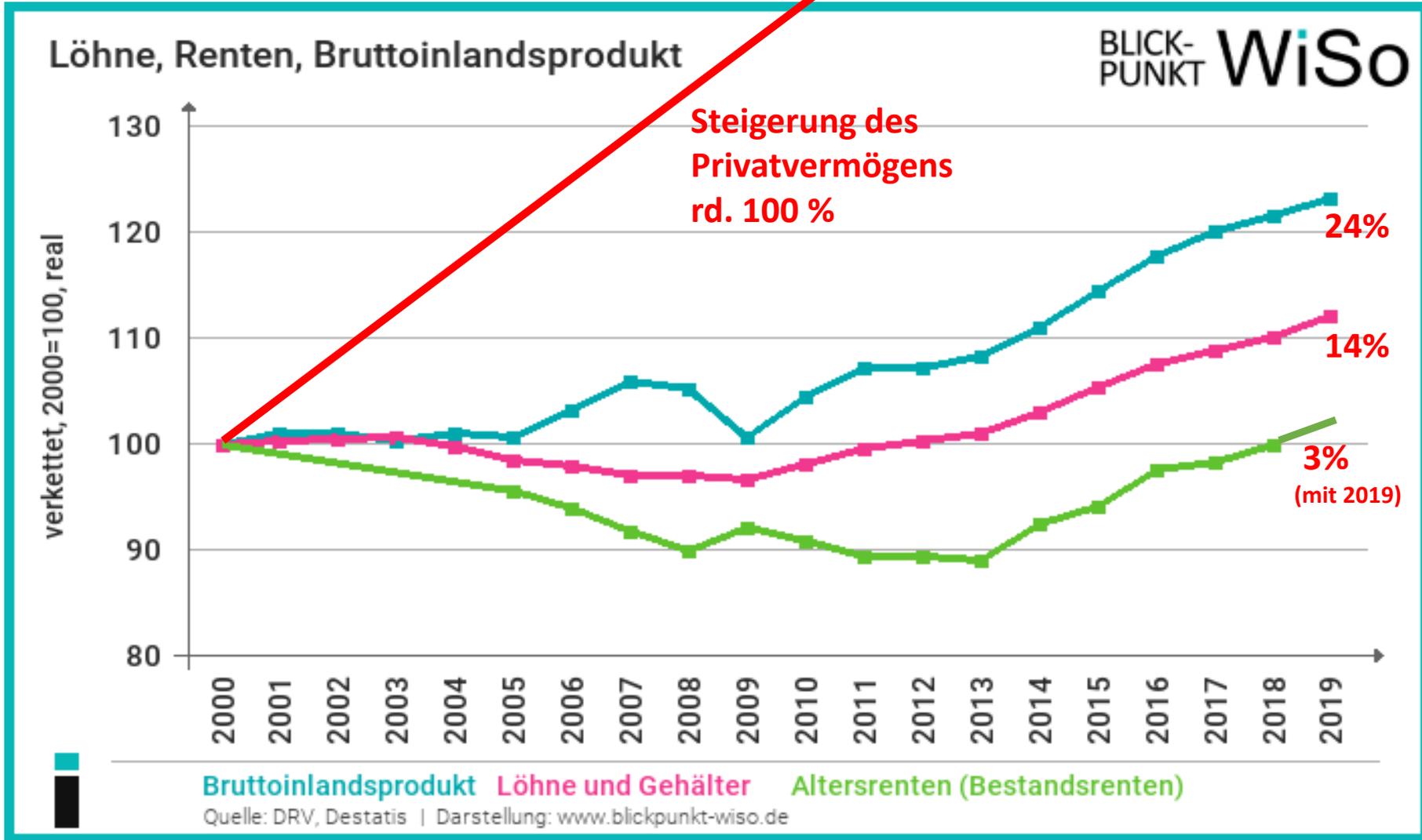
**Staatsverschuldung:**

**2,3 Billionen €**

**+ absehbar 350 Mrd. €  
in 2021/2022**

**Darin nicht enthalten, dass in Steueroasen versteckte Vermögen**

(Quellen: DIW 2020 und [Vermögensteuer jetzt!](#))



# Die Superreichen, Konzerne und Steuerhinterzieher müssen endlich zahlen !

(Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK in einer Kundgebung am 17.07.2021 in München)

# 4. Bausteine zur Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus und der Krisenkosten

- Einkommenssteuerreform: Erhöhung Spitzensteuersatz/Reichensteuer + ESt-Tarifreform: 0 - 6 Mrd. €
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer: 24 Mrd. €
- Gerechtere Erbschaftssteuer (Betriebsvermögen angemessen berücksichtigen) 6 Mrd. €
- Wiederanhebung der Steuer auf Unternehmensgewinne (mind. 25% statt 15%): 16 Mrd. €
- Kapitalerträge wieder vglb. Lohneinkommen versteuern (statt 25 % Abgeltung): 7 Mrd. €
- Transaktionssteuer einführen (auf alle spekulativen Finanztransaktionen) 15 Mrd. €
- Konsequenterer Steuereintreibung/-vollzug: 12 Mrd. €
- Europaweites Stopfen der Löcher zu Steuerhinterziehung, -flucht, -umgehung mind. 30 Mrd. €

---

**Jährlich zusätzliche Steuereinnahmen: mindestens 110 Mrd. €**

## Dazu:

- Ökologisches Umsteuern: z. B. Wegfall der Dieselsubventionierung + Dienstwagenprivileg 26 Mrd. €
- Förderung f. Riester + Direktversicherung für Stärkung der gesetzl. Rente nutzen ≥ 5 Mrd. €
- Verringerung des Militärhaushaltes statt Erhöhung auf 2 % des BIP

**Zusätzlich f. Tilgung Coronaschulden: Einmalige Vermögensabgabe - vglb. Lastenausgleich 1948**

(Quellen: ver.di Abt. WiPo, IMK Hans Böckler Stiftung, EU-Parlament, DGB-Steuerkonzept, BUND, Attac)

# Zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben über Kredit/Schulden

- **Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch Kreditaufnahme** (sogenannte goldene Regel) = Öffentliche Kreditaufnahme bis zum Umfang notwendiger öffentlicher Investitionen
- Dies entspricht auch der Generationengerechtigkeit:
  - Öffentliche Infrastruktur auf dem notwendigen Stand
  - Gesellschaftlicher Nutzen für die aktuelle und künftige Generationen
  - Generationengerechte anteilige Aufteilung der Finanzierung: Gerechte Beteiligung der kommenden Generationen über die Finanzierung der Kreditzinsen + -tilgung
  - Zugleich zusätzliches gesellschaftliches Vermögen auch für die kommende Generation

**Dazu notwendig: Schuldenbremse abschaffen oder so modifizieren, dass die goldene Regel verwirklicht ist.**

**Sogenannte konsumtive öffentliche Ausgaben (Personal, Sozialleistungen, öffentliche Dienstleistungen usw.) müssen aus den Einnahmen finanziert werden.**

# 5. Aktuelle Kampagnen, Bewegungen - Webseiten

## ➤ **ver.di-Aufruf und Kampagne**

„Die Krise bewältigen, Zukunft gestalten, Reichtum umverteilen:  
Für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch“

Webseite: <https://www.verdi.de/++file++60a2291f21efb44d61238676/download/Aufruf%20-%20Die%20Krise%20bew%C3%A4ltigen.pdf>

## ➤ **Bündnis „Reichtum umverteilen – eine gerechte Gesellschaft für Alle“**

→ Örtliches Bündnis Düsseldorf (ver.di, DGB, GEW, EVK, Attac, VdK, SovD, Initiative „Gesunde Krankenhäuser NRW, Naturfreunde, Initiativkreis Armut...)

→ NRW-Netzwerk (Bündnis Düsseldorf, Sozialbündnis Krefeld, Bündnis Bochum)

## ➤ **Netzwerk Steuergerechtigkeit**

(Mitglieder u.a.: ver.di, GEW, Attac Deutschland, Oxfam Deutschland, AG Alternative Wirtschaftspolitik, Misereor ...)

**Gemeinsames Ziel:** Stärkung der öffentlichen Finanzen in Nord und Süd, von der kommunalen bis zur globalen Ebene durch gerechte, solidarische und ökologisch förderliche Steuer- und Finanzsysteme.)

Webseite: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/>

## ➤ **Vermögenssteuer jetzt**

(ver.di, attac, tax justice network, nachdenkseiten...)

Webseite: <https://www.vermoegensteuerjetzt.de/>

## ➤ **Steuermythen:** <https://steuermythen.de/>

# 6. Wirtschaft – Parteien

1

- BDI** „Steuerlast am Standort Deutschland zu hoch - muss auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden“
- Gegen jede Steuerhöhungen
  - Unternehmenssteuerbelastung auf 25% begrenzen - Senkung Körperschaftssteuer von 15 auf 10%
  - Abschaffung des Soli
- CDU** „Umfangreiches Entfesselungspaket für die Wirtschaft“ - „Gegen Steuererhöhungen“
- Einkommenssteuer: Steuerentlastungen für untere Einkommen – Soli abschaffen
  - Unternehmensbesteuerung: Steuerlast auf 25 Prozent insgesamt begrenzen (Begründung: Wettbewerbsfähigkeit)
  - Erbschaftssteuer: Keine Erhöhung
  - Vermögenssteuer: Keine Wiedereinführung
  - Schließung von Steuerschlupflöchern/Bekämpfung „aggressiver“ Steuergestaltung
- FDP:**
- Senkung der Abgabenbelastung (Steuern + Sozialabgaben) für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf unter 40%
  - Senkung der Unternehmenslast auf 25%
  - Erbschaftssteuer: Keine Verschärfung
  - Vermögenssteuer: Keine Wiedereinführung
  - Kleine Verbrauchssteuern: Abschaffen
  - Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerdumping
- AfD** „Steuern und Abgaben deutlich senken“
- Konzentration auf die Steuerarten Umsatz- und Einkommenssteuer (da Erleichterung f. untere/mittlere Einkommen)
  - Abschaffung von u. a. Erbschafts-, Vermögens-, Grund – und kleinen Verbrauchssteuern

Quellen: FAZ 10.06.21, [www.steuertipps.de](http://www.steuertipps.de)

# 6. Wirtschaft – Parteien

2

- SPD**
- Einkommenssteuer: Kleine/mittlere Einkommen besserstellen + Reichensteuer für obere 5% + Soli beibehalten obere 10%
  - Erbschaftssteuer: Überprivilegierung der Betriebsvermögen abschaffen
  - Vermögenssteuer: Wiedereinführung (1% für sehr hohe Vermögen)
  - Finanztransaktionssteuer: Einführen
  - Gegen Steuerhinterziehung, -vermeidung und – betrug konsequent vorgehen – Steueroasen trockenlegen
- Grüne**
- Einkommenssteuer: Kleine/mittlere Einkommen entlasten – Anhebung Spitzensteuersatz auf 45% + ab 500.000 € 48%
  - Gewinneinkommen: Abschaffung der Abgeltungssteuer - wieder wie AN-Einkommen versteuern
  - Vermögenssteuer: Einführung einer neuen Vermögenssteuer (1% ab 2 Millionen €)
  - Finanztransaktionssteuer: Einführung einer (europ.) Transaktionssteuer
  - Unternehmenssteuern: Mindestsatz 25%
- Linke:**
- Einkommenssteuer: Niedrige + mittlere Einkommen entlasten + Spitzensteuersatz erhöhen auf 53% + Reichensteuer ausbauen – Soli für hohe Einkommen beibehalten
  - Gewinneinkommen: Abschaffung der Abgeltungssteuer - wieder wie AN-Einkommen versteuern
  - Erbschaftssteuer: Schließung von Schlupflöchern bei Betriebsvermögen + Anhebung für hohe Vermögen
  - Vermögenssteuer: Wiedereinführung (5% ab 1 Million €)
  - Finanztransaktionssteuer: Einführen (0,1% auf alle Transaktionen)
  - Körperschaftssteuer: Anhebung auf 25%
  - Gewerbesteuer: Zur Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickeln
  - Finanzämter personell ausbauen/häufigere + intensivere Steuerprüfungen
  - Geldwäsche und Verlagerung von Konzerngewinnen wirksam bekämpfen – Steueroasen austrocknen

Quelle: [www.steuertipps.de](http://www.steuertipps.de)

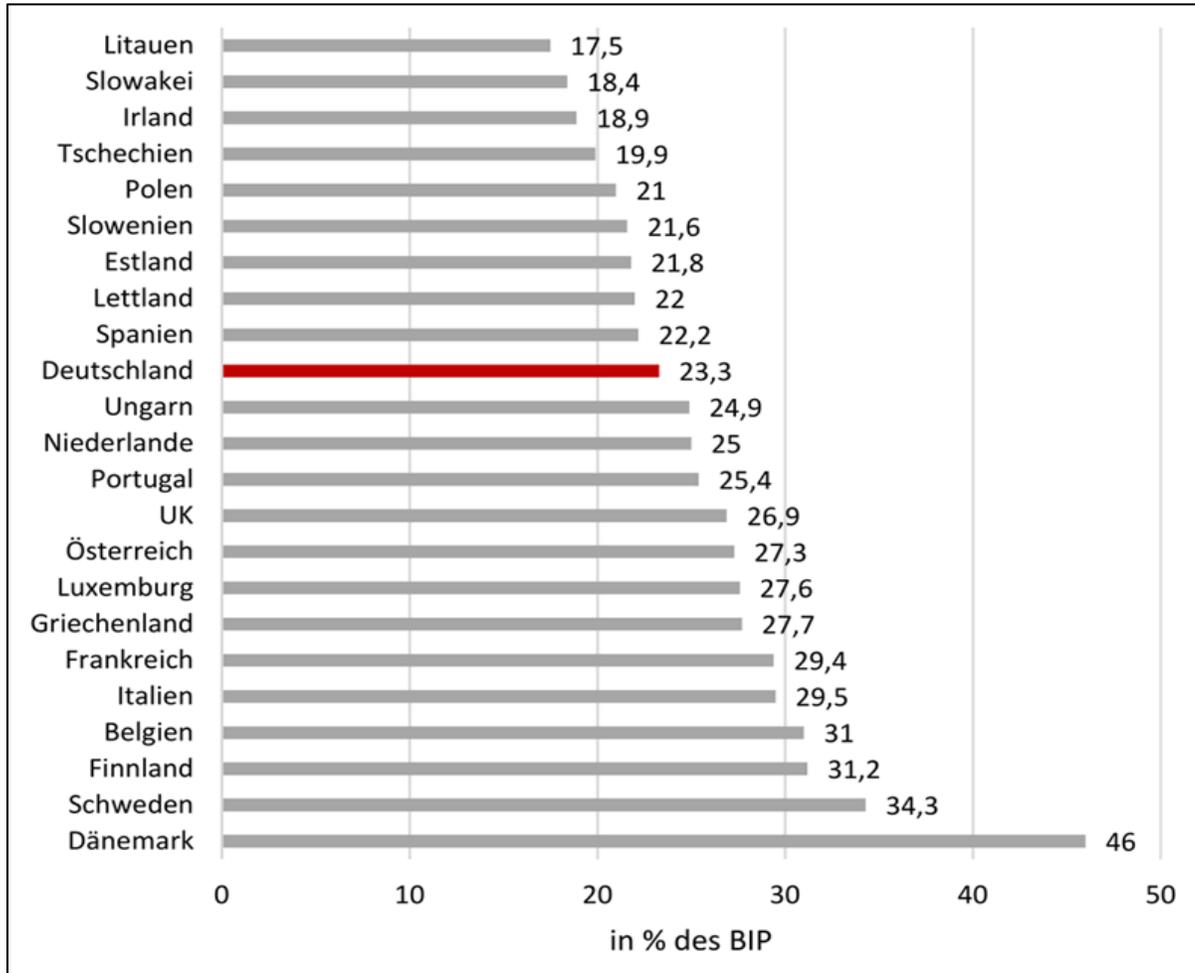
# 7. Steuermythen

**Fakten gegen Irrtümer, Fehlannahmen und falsche  
Schlussfolgerungen in der Debatte über Steuerpolitik  
- eine Auswahl**

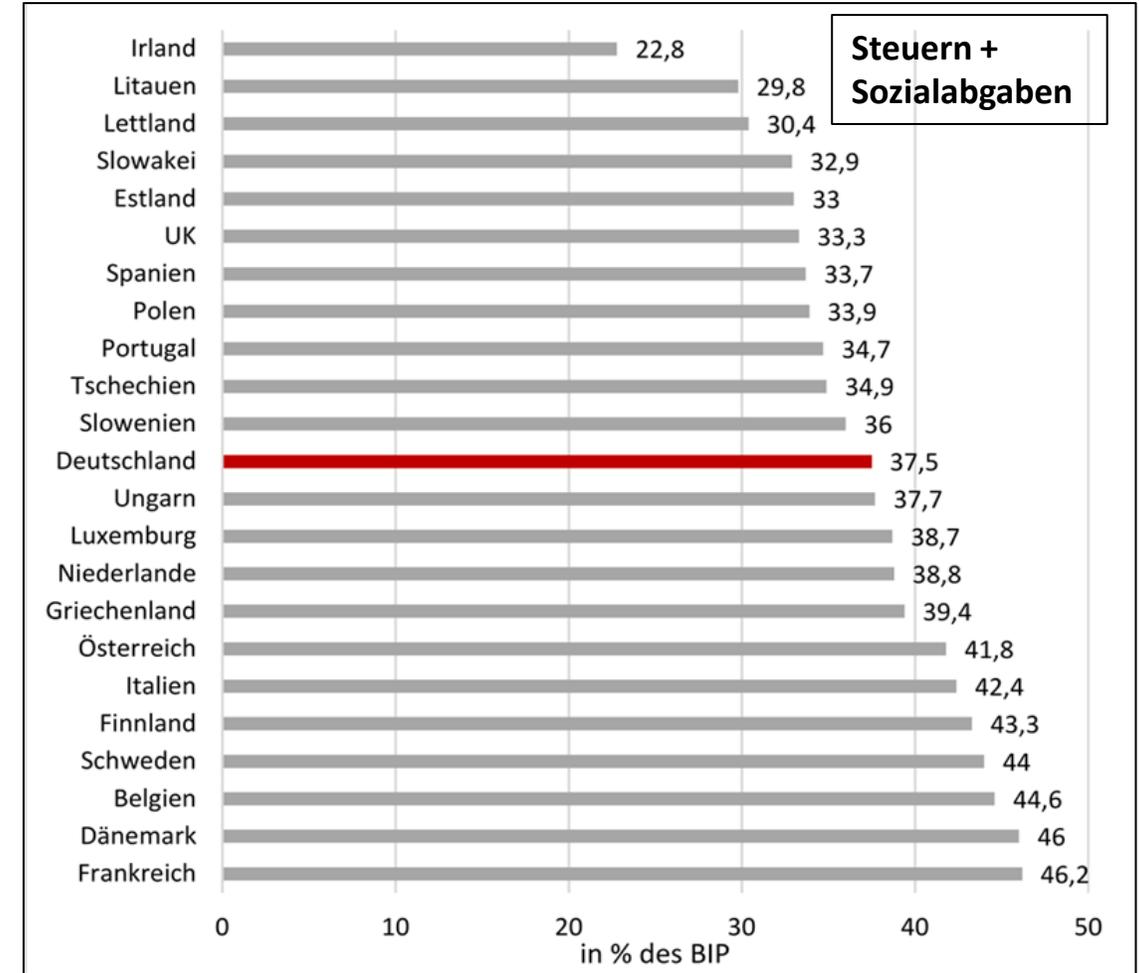
**Webseite: <https://steuermythen.de/>**

# „Deutschland ist ein Hochsteuerland“

## Steuerquote in EU-Ländern 2017



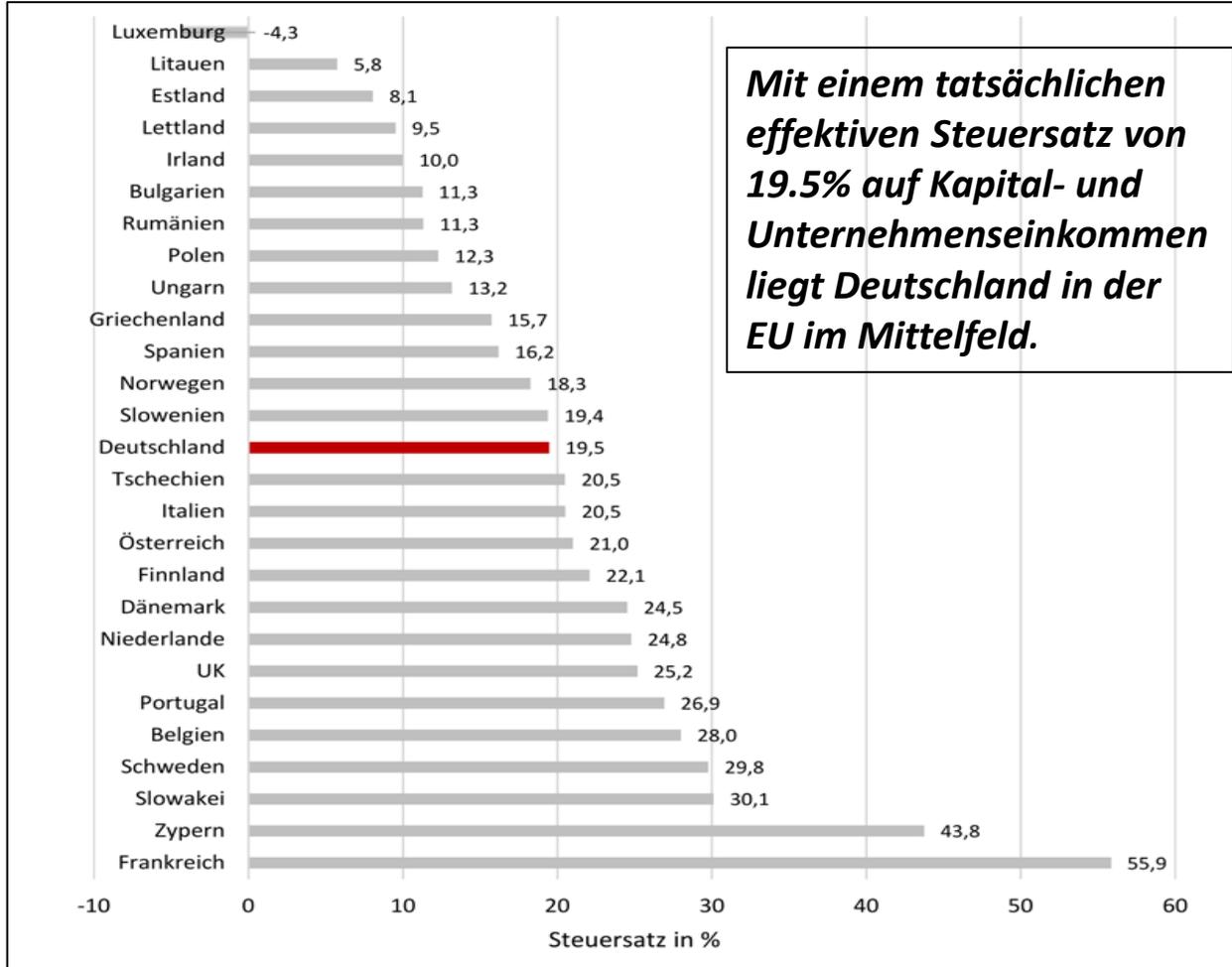
## Abgabenquote in EU-Ländern



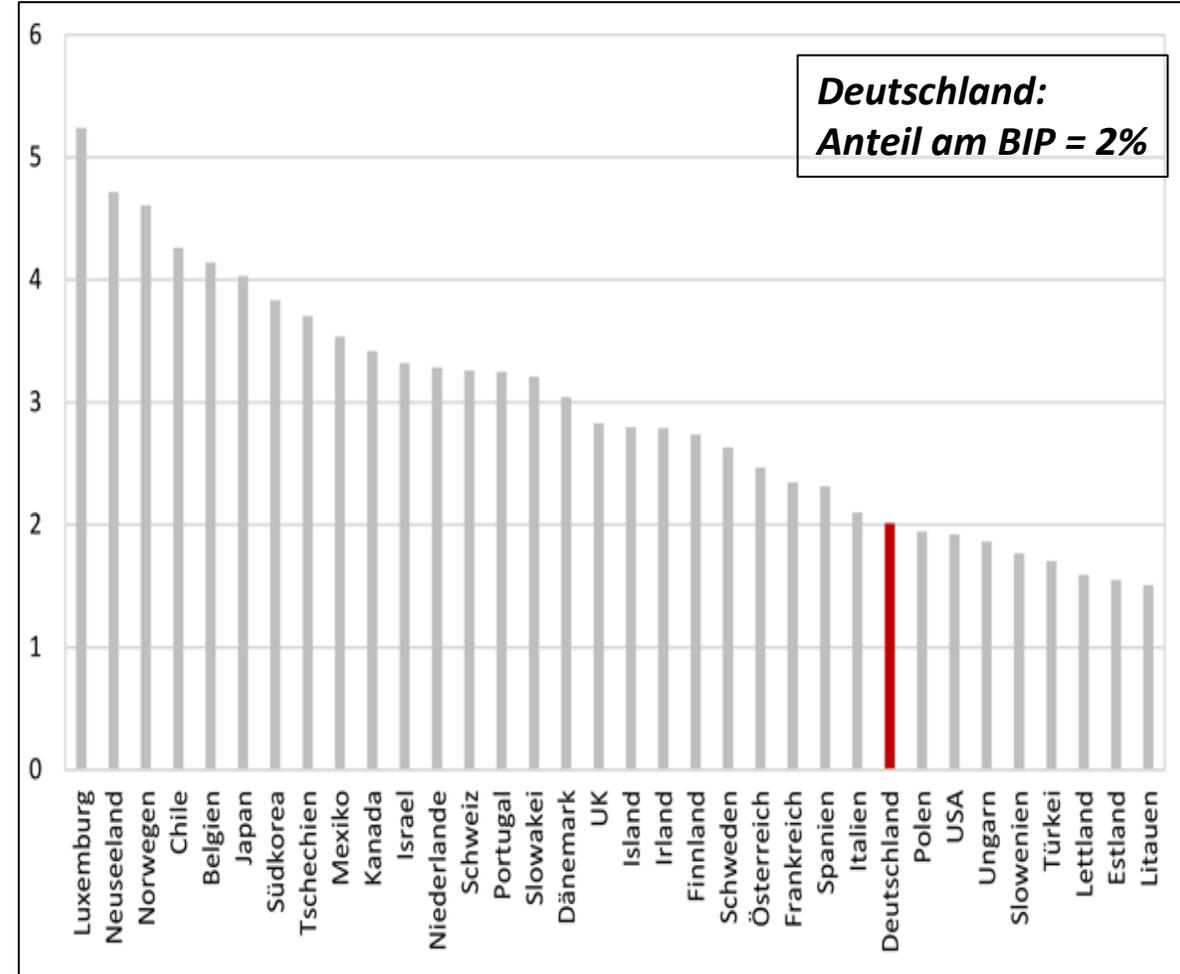
(Quelle: Europäische Kommission)

# „Die Unternehmenssteuern in Deutschland sind zu hoch“

Steuerbelastung Kapital-/Unternehmenseinkommen 2017 (EU)



Steueraufkommen von Kapitalgesellschaften 2017 (OECD)

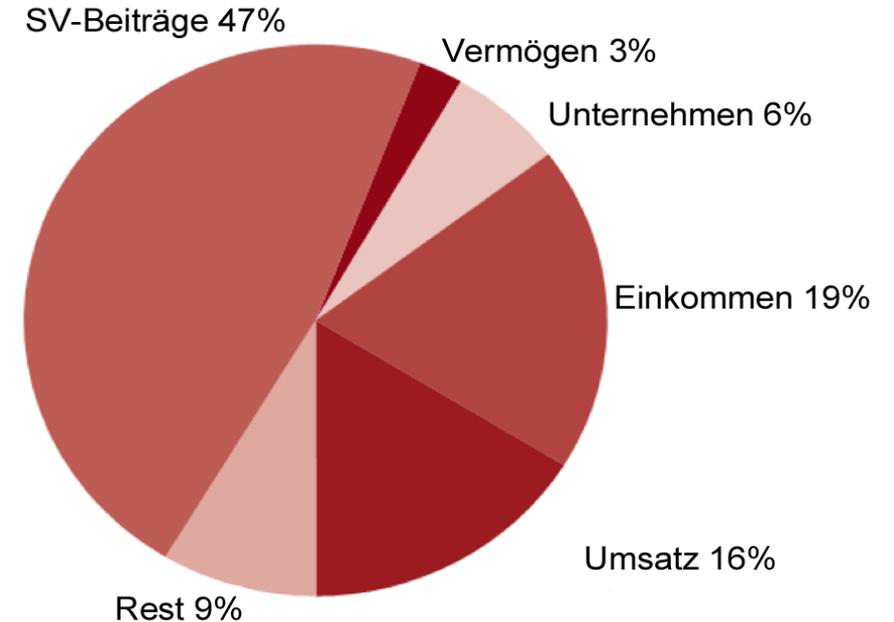


(Quelle: Europäische Kommission - OECD)

# „Die oberen Einkommenschichten tragen den Großteil der Steuerlast“

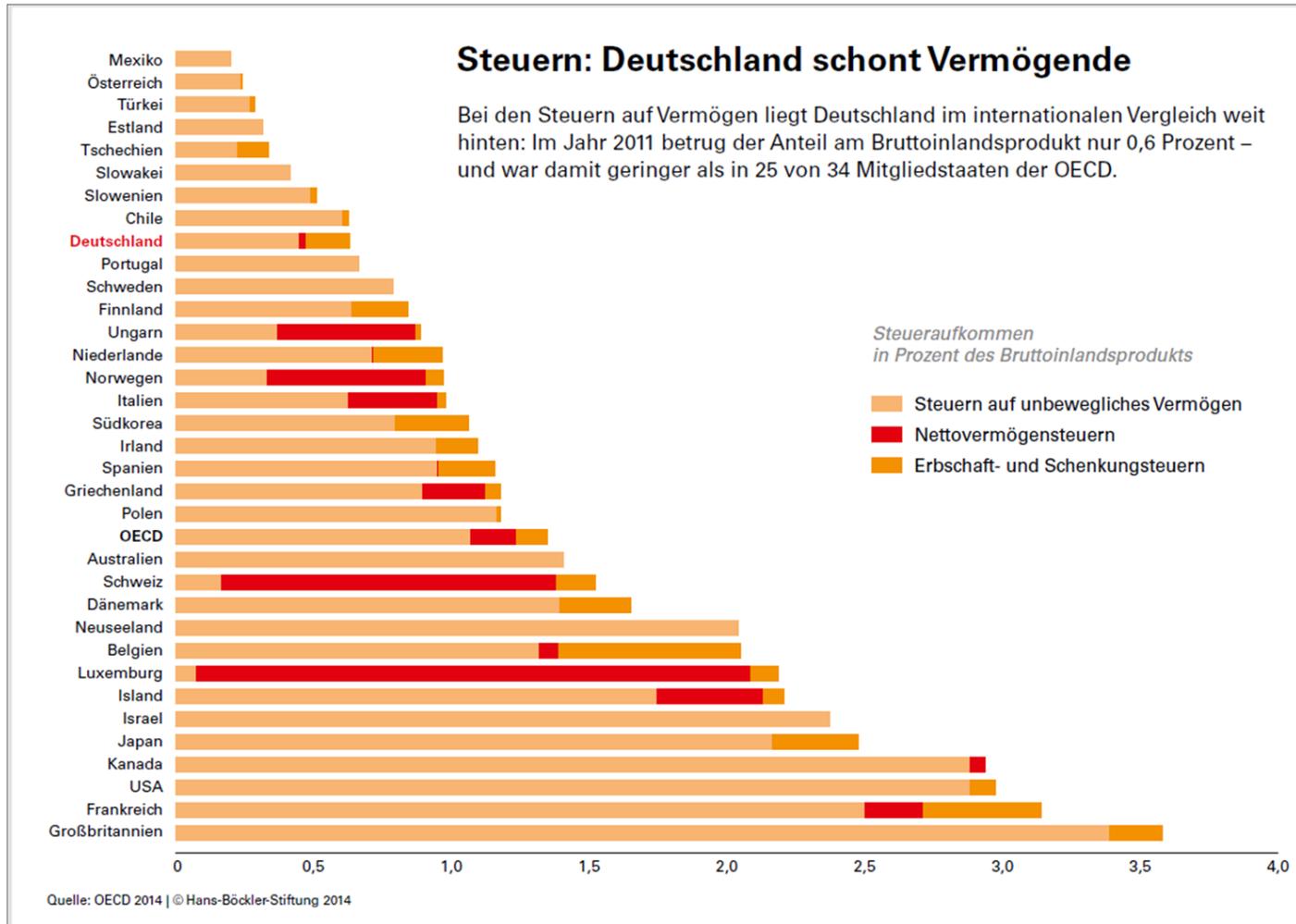
## Diese Behauptung lässt Entscheidendes weg:

- Es wird so getan, als sei die Einkommenssteuer die einzige Steuerart und Belastung.
- Man muss jedoch die Gesamtbelastung durch alle Steuern (z. B. Umsatz) und Sozialabgaben sehen.
- Die Einkommenssteuer macht nicht einmal ein Fünftel des gesamten Steuer- und Abgabenaufkommens aus.
- Das oberste Zehntel bezahlt zwar tatsächlich 32,8 Prozent aller Steuern und Abgaben, verdient aber auch 32,1 Prozent aller Einkommen.
- Für die reichsten 10 Prozent geht die Belastung durch Einkommensteuern und Sozialabgaben sogar wieder zurück.



Anteil der wichtigsten Steuern am gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen 2016 (Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen)

# „Vermögenssteuern treffen die breite Masse der Bevölkerung“



*Eine zielgerichtete Besteuerung von Vermögen – mit hohen Freibeträgen im Millionenbereich – würde maximal das reichste ein Prozent der Bevölkerung betreffen. (siehe entspr. Modelle)*

# „Die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen gefährdet Arbeitsplätze“

In Deutschland sind das Betriebsvermögen und das land- und forstwirtschaftliche Vermögen seit 2009 weitgehend von der Erbschaft- und Schenkungsteuer freigestellt. Zum Betriebsvermögen zählen Personengesellschaften und Anteile an Kapitalgesellschaften von über 25 %.

Ende 2014 erklärte das Bundesverfassungsgericht diese Privilegierung in Teilen für verfassungswidrig.

Neue Gesetzesregelung:

Von der Steuer können 85 % (Regelverschonung) oder gar 100 % (Optionsverschonung) des übertragenen Betriebsvermögens befreit werden, wenn über einen gewissen Zeitraum nach Erwerb des Vermögens eine „Mindestlohnsumme“ erreicht und gehalten wird.

Unternehmen mit 20 oder weniger Beschäftigten sind von der Lohnsummenregel komplett ausgenommen.

Ebenso freigestellt sind Unternehmen, deren Hauptzweck die Vermietung von mindestens 300 eigenen Wohnungen ist. Die Privilegierung schließt so allergrößtes Wohneigentum ein und privilegiert dieses gegenüber kleinem.

- *Durch die enorme Privilegierung des Betriebsvermögens verkehrt sich der progressive Tarif der Erbschaftsteuer in der Praxis in sein Gegenteil. Top-Schenkungen bleiben weitgehend unversteuert.*
- *Die Privilegierung des Betriebsvermögens schafft permanente Anreize, Privatvermögen in den Betrieb zu verlagern, um der Steuerpflicht zu entgehen.*
- *Zwischen 2009 und 2014 entgingen dem Fiskus durch die Privilegierung des Betriebsvermögens 43,5 Mrd. Euro an Steuereinnahmen.*